

INFORMATIONEN

**Presse
Rundfunk
Fernsehen**



**Gewerkschaft
der Polizei**
Landesvorstand

Wiesbaden, 31. August 2006

**„Bonus“ für Hessens Beamtinnen und Beamte ist nur Augenwischerei!
GdP fordert gerechten Ausgleich für jährlich 17 Prozent Gehaltseinbußen**

„Unsere Kolleginnen und Kollegen sind von dem angekündigten zweimaligen Gehaltsbonus von jeweils 250 Euro tief enttäuscht“, bewertet GdP-Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller die Ankündigung der CDU-Landtagsfraktion.

Im Jahre 2003 hat die hessische Landesregierung die 42-Stundenwoche ohne Gehaltsausgleich eingeführt und gleichzeitig das Urlaubsgeld, Reisekostenpauschalen und den größten Teil der Sonderzuwendung (Weihnachtsgeld) gestrichen. Darüber hinaus hat die CDU-Landesregierung durch den Austritt aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) die Beschäftigten von Lohn- und Gehaltserhöhungen abgekoppelt. Dies sind Gehaltseinbußen von rund 17 Prozent.

Jetzt plagt die CDU ihr schlechtes Gewissen und will den Beamtinnen und Beamten in zwei Raten jeweils 250 Euro als Ausgleich zahlen. Umgerechnet sind dies etwa 1 Prozent Ausgleich bei gleichzeitiger Gehaltseinbuße von 17 Prozent.

„Als besonders moralisch bedenklich“ bezeichnete Bruchmüller die Aussage der CDU-Landtagsfraktion, dass die Minister ausgenommen seien, obwohl diese sich überwiegend im Zuge der Diätenerhöhung im Januar dieses Jahres einen kräftigen Schluck aus der Haushaltspulle in Höhe von 2,14 Prozent oder 1.656 Euro/Jahr genehmigt haben.

Die hessische GdP fordert die Landesregierung auf, alsbald am Verhandlungstisch Platz zu nehmen und mit den Gewerkschaften Einigung über die Löhne und Gehälter von Tarifangestellten und Beamten zu erzielen.

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wollen keine Almosen nach Gutsherrenart, sondern einen gerechten Ausgleich für die drastischen Einbußen der letzten Jahre.